

Israel boykottiert Uno-Rat

Keine Kooperation bei Überprüfung der Menschenrechtslage

mri. Genf · Israel ist am Dienstag im Uno-Menschenrechtsrat kritisiert worden, weil es der periodischen Überprüfung der Menschenrechtslage im Land (Universal Periodic Review, UPR) in Genf fernblieb. Es hat damit einen Präzedenzfall geschaffen. Von 2008 bis 2011 unterzogen sich alle 193 Uno-Mitgliedstaaten, auch Israel, ein erstes Mal der UPR durch die internationale Gemeinschaft. Israel hatte den Präsidenten des Uno-Menschenrechtsrats, den polnischen Botschafter Remigiusz Henczel, am 10. Januar gebeten, die Sitzung zu verschieben. Bereits im März 2012 hatte Israel die Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtsrat suspendiert. Anlass war eine Resolution, die die Untersuchung der Auswirkungen der völkerrechtswidrigen Siedlungen in den besetzten Gebieten forderte.

Westliche Staaten, darunter die Schweiz, hatten seit Monaten versucht, Israel zu einer Teilnahme an der UPR zu bewegen, da sie in Zukunft ein Fernbleiben auch anderer Staaten fürchteten. Staaten aller geografischen Regionen erklärten am Dienstag, der UPR-Mechanismus sei ein Erfolg, weil die Menschenrechtslage aller Länder von den andern Uno-Mitgliedern unter die Lupe genommen werde. Da die Regierungen für ihren Bericht Konsultationen mit Parlament, Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften führen, fördert dieser Mechanismus auch eine nationale Debatte über Menschenrechte. Sowohl die USA als auch Irland für die EU oder Pakistan für die Organisation für Islamische Kooperation (OIC) betonten, der UPR-Mechanismus müsse vor Schaden bewahrt werden. 15 israelische und palästinensische Nichtregierungsorganisationen befürchteten, dass eine Nichtteilnahme Israels die Gleichbehandlung der Staaten untergrabe.

Mit einer im Konsens verabschiedeten Resolution rief der Uno-Menschenrechtsrat Israel auf, mit dem UPR-Mechanismus zusammenzuarbeiten. Ratspräsident Henczel wurde beauftragt, Israel dazu zu bewegen, spätestens im November an der UPR teilzunehmen. Die Resolution hält zudem fest, dass es sich um einen Präzedenzfall handle, der bei künftigen Fällen von Nichtkooperation durch Staaten angewendet werden soll. Vor allem mit der Fristsetzung sei dieser Vorfall bestmöglich gelöst worden, sagten westliche Diplomaten der NZZ. Sie waren dagegen, dass die UPR in Abwesenheit eines Landes stattfindet. Offen ist allerdings, was geschieht, wenn Israel die Frist ungenutzt ablaufen lässt.